

sich in einen gesunden föderativstaat einfügt. Diejenigen, die die Lösung dieses Problems in der Zerschlagung Preußens erblickten, übersähen völlig, daß Deutschland nie aus der elenden Kleinstaaterei und der sich daraus ergebenden wirtschafts- und machtpolitischen Ohnmacht des vorigen Jahrhundert herausgekommen wäre, ohne die Entwicklung Preußens zum Großstaat. Wollte man jetzt den preußischen Provinzen die Selbständigkeit von deutschen Ländern geben, so würden sie natürlich darauf bedacht sein, diese Selbständigkeit sich nicht nur zu erhalten, sondern sie noch zu erweitern. Sonach würde durch die Zerschlagung Preußens und die staatliche Verselbständigung seiner Provinzen die Entwicklung zum deutschen Einheitsstaat nicht gefördert, sondern ganz wesentlich gehemmt werden, da sich zu den bereits existierenden widerstrebenden deutschen Ländern noch 13 weitere zugesellen würden. Preußen mit seinen 40 Millionen Bewohnern müsse unverfehrt erhalten bleiben, denn es müsse und werde schließlich doch den Kern des zu schaffenden deutschen Einheitsstaates bilden.

Auf der republikanischen Führertagung in Berlin am 25. und 26. September 1926 lehnte Ministerialdirektor z. D. Spiecker die Aufteilung Preußens gleichfalls ab:

„Mit Entschiedenheit muß der Forderung entgegengetreten werden, daß mit Hilfe des Artikels 18 der Reichsverfassung an eine Aufteilung Preußens herangegangen werden müsse. Ein Zerschlagen Preußens vor durchgängiger organisatorischer Neugliederung des Reiches wäre die schwerste Schädigung, die dem nationalen Einheitsstaat zugefügt werden könnte. Jede Schwächung Preußens bedeutet nach Lage der Dinge eine Stärkung partikularistischer Interessen, und es ist darum kein preußischer Partikularismus, sondern wohlverstandenes Reichsinteresse, wenn Preußen sich mit aller Kraft gegen eine Zerreißung seines Staatsgefüges wehrt. Dem preußischen Staat, der vier Siebentel des Reiches ausmacht, kann das große Opfer der Preisgabe seines staatlichen Bestandes nur zugemutet werden, wenn die preußische Bereitschaft auch die Bereitschaft aller anderen Länder weckt. Solange das nicht der Fall ist, muß Preußen im Interesse der Reichseinheit erhalten werden. Ja, wenn der nationale deutsche Einheitsstaat nicht erreichbar sein sollte, dann wäre die Wiederherstellung der preußischen Hegemonie, die wenigstens das alte Deutsche Reich zusammengehalten hat, auf die Dauer das kleinere Uebel und vielleicht das einzige Mittel, um das Reich vor Versfall zu schützen.“

Staatsminister a. D. Wolfgang Heine betonte bei der gleichen Tagung, bei der Schaffung der Weimarer Reichsverfassung habe die Tendenz vorgewaltet, durch Schwächung Preußens die Reichsgewalt zu stärken (daher die selbständigen Reichsratsstimmen der preußischen Provinzen). Der Vater der Reichsverfassung, Preuß, habe ihm das ganz offen zugestanden. Die Tendenz, Preußen zu zergliedern oder, wie es in der Reichsverfassung wohlklingender heißt, das Reich neu zu gliedern, habe aber zur Voraussetzung gehabt, daß wirklich eine starke Reichsgewalt vorhanden gewesen wäre. „Indessen wollte man diese ja erst durch die Schwächung der Landesgewalt bilden. Das war der verkehrteste Weg, den man einschlagen konnte. Zunächst das Vorhandene schwächen und dann auf dem Boden der allgemeinen Schwäche eine Stärke errichten, ist eine unmögliche Architektur.“

Heine betonte, er habe vor dem Gedanken der Provinzialautonomie, die die Reichsregierung Preußen habe aufzwingen wollen, gerade auch deshalb